

Der Sinn des Lebens liegt im Miteinander

WARUM DIE WIRTSCHAFTSKRISE NICHT DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN OST UND WEST BEEINTRÄCHTIGEN DARF
VON **MATTHIAS PLATZECK**

Die Zeiten sind ernst. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wollen wissen, was ihre Landesregierung tun wird. Sie wollen wissen, ob diese Landesregierung in den kommenden Monaten mit Entschiedenheit an ihrer Seite stehen wird. Und sie wollen wissen, welchen Beitrag ihre Regierung leisten wird, um die kommende Krise zu mildern und möglichst zu verkürzen.

Einem Einwand will ich dabei von vornherein entgegentreten. Hier und da heißt es in diesen Tagen noch immer: Wer die Situation ungeschminkt beim Namen nenne, der rede die Rezession gerade dadurch erst herbei. Wirtschaft sei vor allem auch Psychologie, so wird gesagt. Und nach dieser Logik gilt als Panikmacher, wer die Wirklichkeit beim Namen nennt.

Ja, Wirtschaftsentwicklung und Konjunkturverlauf haben immer *auch* psychologische Ursachen. Die gegenwärtige Krise aber ist real. Sie hat sehr reale *Ursachen*; auch über diese Ursachen werden wir reden müssen, um daraus für die Zukunft zu lernen. Und die Krise hat sehr reale *Auswirkungen*. Diese Auswirkungen bekommen immer mehr Menschen ganz praktisch und direkt zu spüren.

Brandenburg steht besser da als vor fünf Jahren

In dieser Situation darf eine Regierung nicht schweigen und nicht schönfärben, und unter meiner Führung wird die Brandenburger Landesregierung weder das eine noch das andere tun. Die Menschen hier in Brandenburg wollen keine Verschleierung. Wir Märker sind ein nüchterner Menschenschlag. Wir können die Wahrheit vertragen. Was uns auszeichnet, ist unser Wirklichkeitssinn. Eine offene und ehrliche Ansage ist uns allemal lieber als unklares Lavieren.

Als brandenburgischer Ministerpräsident habe ich mich in den vergangenen Jahren bemüht, dieser Erwartung gerecht zu werden. Erst recht in schwierigen Zeiten werde ich alles daran setzen, dieser Linie treu zu bleiben.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist eine globale Krise. „Wir haben es mit einer Weltrezession zu tun“, hat soeben Helmut Schmidt erklärt. Der Brand hat nicht in Brandenburg angefangen, und es wäre naiv zu glauben, wir könnten ihn mit Brandenburger Löschwasser niederkämpfen. Unsere landespolitischen Mittel und Möglichkeiten sind eng begrenzt.

Auf eines aber können sich die Brandenburgerinnen und Brandenburger felsenfest verlassen. Sie können sich darauf verlassen, dass ihre Landesregierung und ihr Ministerpräsident in diesen schwierigen Zeiten für sie kämpfen und eintreten werden:

- Wir werden uns nicht mit dieser Krise abfinden.
- Was immer die Landesregierung tun *kann*, das wird sie tun.
- Wo immer wir helfen *können*, da werden wir helfen.
- Wo immer es um die begründeten Interessen der Menschen in unserem Land geht, da werden wir die Stimme erheben.
- Und wo immer wir von Brandenburg aus auf die Bundespolitik Einfluss nehmen *können*, da werden wir Einfluss nehmen, damit der Krise auch in Deutschland sehr schnell, sehr energisch und sehr präzise entgegengetreten wird.

Wir haben in Brandenburg in den vergangenen Jahren beträchtliche Erfolge erzielt: Die Arbeitslosigkeit ist in unserem Land massiv gesunken. Unsere Industrie ist zunehmend wettbewerbsfähig und exportstark. Moderne Unternehmen haben bei uns investiert und Arbeitsplätze geschaffen. Auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien sind wir weiter als jedes andere Bundesland. Unser Bildungssystem haben wir systematisch verbessert, unseren Landeshaushalt haben wir in Ordnung gebracht.

Brandenburg ist in den vergangenen Jahren zu einem Land im Vorwärtsgang geworden. Wir haben auf die Erneuerung aus eigener Kraft gesetzt – und wir in Brandenburg haben gemeinsam gezeigt, dass die Erneuerung aus eigener Kraft gelingen kann.

Daran haben sehr viele mitgewirkt: unsere tüchtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; unsere aktiven Unternehmer und tatkräftigen Handwerker; unsere starken Betriebsräte, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände; unsere engagierten Lehrer und Forscher, Studenten, Schüler und Eltern; unsere tatkräftigen Kommunalpolitiker aus *allen* demokratischen Parteien.

Entstanden ist in Vereinen und Initiativen zugleich ein vielfältiges Netzwerk ehrenamtlicher Aktivität für unser Land, in dem viele Ältere eine zentrale Rolle spielen. Das alles hat dazu beigetragen, dass im Land eine echte Kultur des Zusam-

menhalts entstanden ist. Immer mehr Menschen haben erkannt: Wir in Brandenburg sitzen alle im selben Boot. Genau diese gemeinsame Einsicht macht die Stärke unseres Landes aus. Ich bin mir ganz sicher: Was da an neuem Zusammenhalt in Brandenburg herangewachsen ist, das wird uns helfen die schwierige Wegstrecke zu bewältigen, die jetzt vor uns liegt.

Wir in Brandenburg haben in den letzten zwei Jahrzehnten gemeinsam enorme Umbrüche bewältigt. Wir haben länger gearbeitet als andere, und wir haben weitere Wege in Kauf genommen, um Arbeit zu finden. Wir haben Rückschläge erlitten, und wir sind wieder aufgestanden. Wir haben gelernt, dass andere auch nur mit Wasser kochen. Wir haben nicht den geringsten Grund zu Furcht oder Kleinmut. Wir nehmen auch diese neue Herausforderung an – und wir werden sie bewältigen.

Der Raubtierkapitalismus ist am Ende

Angst ist niemals ein guter Berater; was uns aber klüger macht, sind unsere Erfahrungen. Deshalb müssen wir nicht nur darüber reden, was wir hier in Brandenburg als nächstes zu tun haben, damit wir die Krise so gut wie möglich bewältigen. Sondern wir müssen auch darüber reden, wie wir in diese Krise hineingeraten sind.

Eines ist völlig klar: Die Rezession, die jetzt unsere Realwirtschaft erfasst, ist kein Naturereignis, sondern sie ist von Menschen gemacht. Sie ist das Resultat der Ideologie vollständig freier Märkte, die sich ein für allemal als untauglich und menschenwidrig erwiesen hat.

Diese Ideologie hat der größten Immobilien- und Kreditblase der Geschichte den Weg bereitet. Und mit dem Zerplatzen dieser spekulativen Blase ist zugleich die Ideologie eines regellosen Kapitalismus der freien Märkte in sich zusammengesackt.

- Diese Ideologie führte dazu, dass in Amerika bis vor Kurzem der vollständig kreditfinanzierte Hauskauf als besonders idiotensicherer Weg zum schnellen Reichtum galt – denn vermeintlich stiegen die Immobilienpreise ja immer weiter.
- Diese Ideologie führte dazu, dass im Bankgeschäft Eigenkapitalrenditen von bis zu 25 Prozent zur völlig normalen Messlatte des Geschäftserfolgs erklärt wurden – auch wenn zugleich die Volkswirtschaften nur um ein, zwei oder drei Prozent wuchsen.
- Diese Ideologie führte dazu, dass Bankmanager erfolgsorientierte Bonuszahlungen vor allem dann erhielten, wenn sie besonders waghalsige, besonders kurzfristige und besonders kurzfristige Geschäfte abschlossen – oftmals gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

- Diese Ideologie führte dazu, dass sich – wie schon zu Zeiten der *New Economy* – die Vorstellung breitmachte, die klassischen Marktgesetze seien durch ein angebliches „Neues Paradigma“ der Ökonomie außer Kraft gesetzt.
- Diese Ideologie führte dazu, dass sich – auch in Deutschland – Kleinanleger auf extrem komplizierte Finanzprodukte wie Zertifikate stürzten, deren Funktionsweise nicht einmal ihre Bankberater auch nur ansatzweise verstanden.

Das alles – und viele weitere Auswüchse dieser angelsächsischen Spielart des Kapitalismus – hat zu den weltweiten Krisen geführt, in die wir inzwischen hineingezogen werden: zuerst in die Banken-, Finanz- und Kreditkrise, jetzt als Folge davon in die allgemeine Wirtschaftskrise.

Heute ist klar: Wir befinden uns mitten in einem epochalen Umbruch. Ein Zurück zur alten Tagesordnung des zügellosen Kapitalismus wird es nicht mehr geben. Aus dem Kollaps eines Finanzsystems, das Altbundeskanzler Helmut Schmidt zutreffend als „Raubtierkapitalismus“ bezeichnet, müssen wir dringend die richtigen Schlüsse ziehen.

Ordnung kommt nicht von selbst

„Keine Marktwirtschaft und kein Markt“, so schreibt Schmidt in seinem jüngsten Buch, „schafft automatisch Marktordnung, Wettbewerbsordnung und soziale Gerechtigkeit für die ökonomisch Schwächeren und Abhängigen. Überall muss die Regierung für Ordnung sorgen, nirgendwo kommt Ordnung von selbst.“

Nirgendwo kommt Ordnung von selbst – diese grundlegende Einsicht haben die übereifrigen Anhänger der Deregulierung in den vergangenen Jahren systematisch verdrängt und vergessen. Einige von ihnen gibt es auch in Brandenburg. Ich wünsche mir und uns allen, dass sie aus den Erfahrungen der vergangenen Wochen und Monaten neue Schlüsse ziehen.

Dringend zu warnen ist aber zugleich vor etwas anderem. Dringend zu warnen ist vor der Versuchung, das Kind mit dem Bade auszuschütten:

- Da und dort herrscht dieser Tage klammheimliche oder sogar offen ausgelebte Freude über den Ausbruch der gegenwärtigen Krise.
- Da und dort erwartet man in kindlicher Häme bereits wieder den „großen Kladderadatsch“ des kapitalistischen Systems.
- Da und dort hofft man, an die Stelle der marktwirtschaftlichen Ordnung werde erneut irgendeine Form von staatssozialistischem System treten.

„Je schlimmer, desto besser“, so lautet das geheime Motto derjenigen, die auf diese Entwicklung hoffen: Jeder verlorene Arbeitsplatz wäre demnach ein Schritt in die richtige Richtung, jeder zusätzliche Arbeitslose ein Sargnagel mehr im verhassten kapitalistischen System. Dazu sage ich in aller Deutlichkeit: Diese Spielart eines destruktiven Zynismus von ganz links ist kein bisschen besser als der destruktive Zynismus wild gewordener Investmentbanker.

Ob Marktideologen oder Verstaatlichungsideologen: Beide nehmen im Namen ihrer abstrakten Ziele Zerstörung und menschliches Leid in Kauf. Beiden geht es ums Rechtbehalten statt um das Wohlergehen wirklicher Menschen aus Fleisch und Blut. Beide verkünden ewige Einsichten – und erklären sich dann unzuständig für die verheerenden Folgen ihrer Lehren. So leicht dürfen wir es uns nicht machen. Darum müssen wir gründlicher hinsehen und die Konsequenzen unseres Handelns für die Menschen bedenken.

Wir wissen: Unrettbar in die Krise geraten ist eine bestimmte angelsächsische Form von regellosem Kapitalismus. In der Krise steckt ausdrücklich *nicht* das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft. Und in die Krise geraten ist auch *nicht* das Prinzip eines sozial verantwortlichen Unternehmertums, das bei uns in Brandenburg so breit vertreten ist. Im Gegenteil: Das alles werden wir in den kommenden Monaten und Jahren unbedingt brauchen, um die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre zu korrigieren.

Wir brauchen klug regulierte Finanzmärkte; wir brauchen eine dynamische soziale Marktwirtschaft; wir brauchen einen vorsorgenden Sozialstaat, der systematisch in die Fähigkeiten der Menschen investiert und ihnen zugleich verlässlichen Schutz bietet – das alles sind wichtige Konsequenzen, die wir aus dieser Krise ziehen müssen.

Die Stimmung im Osten ist labil

Wirtschaftskrisen treten niemals zu einem „passenden“ Zeitpunkt ein, und für schwere Rezessionen gilt das erst recht. Aber die gegenwärtige Krise ereilt Brandenburg – und ganz Ostdeutschland – in einer besonders ungünstigen Situation.

Diese Krise trifft viele Menschen in einer Situation, in der sie gerade begonnen hatten, Vertrauen zu fassen und Boden unter den Füßen zu gewinnen. Hunderttausende Brandenburgerinnen und Brandenburger haben sich in den vergangenen Jahren aus den größten Schwierigkeiten der Nachwendezeit herausgearbeitet. Viele haben erst vor kurzem einen neuen Arbeitsplatz gefunden, eine Familie gegründet, ein Eigenheim erworben, ein neues Auto gekauft. Das alles ist noch nicht gefestigt.

Und darum ist die Sorge vieler Menschen hier in Ostdeutschland groß, dies alles könnte jetzt wieder bedroht sein. Umso größer sind ihre Erwartungen an den Staat und an die Politik. Umso größer sind ihre Befürchtungen, in der Krise erneut ins Hintertreffen zu geraten. Umso labiler ist die Stimmung im Osten.

„Ein Land, zwei Gesellschaften“ – die neueste Untersuchung des Sozialwissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer („Deutsche Zustände“) hat soeben erst gezeigt, wie verbreitet dieses Lebensgefühl fast zwei Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung noch immer ist.

Einer Umfrage zufolge meinten angesichts der Finanz- und Bankenkrise schon vor einigen Wochen 52 Prozent der Ostdeutschen, die Marktwirtschaft sei „untauglich“ und habe „abgewirtschaftet“. Und zu 43 Prozent erklärten die Bürger auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, sie wünschten sich ein „sozialistisches Wirtschaftssystem“ zurück, weil dieses ihrer Ansicht nach „die kleinen Leute vor Finanzkrisen und Ungerechtigkeiten schützt“. Die erste dieser beiden Auffassungen kann ich gut nachvollziehen, auch wenn ich ihr im Ergebnis nicht zustimme. Die für viele Menschen daran anschließende Vorstellung jedoch, uns könnte ausgerechnet in der jetzigen Krise die Wiederkehr eines „sozialistischen Wirtschaftssystems“ helfen, halte ich für irreführend.

Gemeinsinn und Gemeinsamkeit

Zunächst: Ich habe größtes Verständnis dafür, dass viele Menschen auf die schlimmste Erschütterung der globalen Ökonomie seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 mit Verunsicherung, Wut und Verbitterung reagieren. Auch ich bin entsetzt über das Verhalten von Finanzmanagern, die für ihr verantwortungsloses Spekulieren zuerst jahrelang Fantasiegehälter bezogen und jetzt das globale Finanzsystem gegen die Wand gefahren haben. Auch ich bin schlicht fassungslos über die maßlose Gier und Kurzsichtigkeit dieser Leute. Ihr suchtartiges Streben nach grenzenlosem materiellem Gewinn ist mir ebenso fremd und unverständlich wie den meisten Menschen (nicht nur) in Ostdeutschland.

„Kinder, vergesst nicht: Der eigentliche Sinn des Lebens liegt im Miteinander“, pflegte Regine Hildebrandt zu sagen. Ihr lebenskluges Motto hat auch mich tief geprägt. Mag sein, dass diese Grundhaltung, die Gemeinsinn und Gemeinsamkeit in den Mittelpunkt stellt, aus historischen Gründen in Ostdeutschland noch immer verbreiteter ist als anderswo. Mag sein, dass gerade deshalb die Empörung über die Auswüchse regelloser Märkte hier bei uns im Osten besonders heftig ausfällt. Wirtschaft ist nicht alles und eine Wirtschaft, die nicht den Menschen dient,

hat ihre Bestimmung verfehlt – diese Prinzipien bieten nicht die schlechteste Orientierung in den schwierigen Zeiten, die vor uns liegen. Wir sollten an ihnen festhalten.

Ich will nicht, dass die Wirtschaftskrise das Verhältnis zwischen Ost und West beeinträchtigt. Im Gegenteil: In dieser Krise sollten wir in Deutschland zusammenzurücken. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass Ostdeutschland an den schwierigen Entscheidungen, die in den kommenden Monaten vor uns liegen, in jeder Hinsicht auf Augenhöhe beteiligt wird. Gerade in der wirtschaftlichen Krise gilt es, die Interessen aller Brandenburgerinnen und Brandenburger auf sämtlichen politischen Ebenen, von Berlin bis Brüssel, mit allem Nachdruck zu vertreten. ■

MATTHIAS PLATZECK

ist Ministerpräsident des Landes Brandenburg
und SPD-Landesvorsitzender.